

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede
am 08.09.2020

Tagungsort: Aula des Gymnasiums Brackwede, Beckumer Str. 10, 33647
Bielefeld

Beginn: 19:00 Uhr
Sitzungspause: 19:31 bis 19:35 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino	
Herr Franz-Peter Diekmann	Stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Carsten Krumhöfner	Fraktionsvorsitzender
Frau Ursel Meyer	
Herr Ralf Sprenkamp	

SPD

Herr Mecdin Akinci	
Herr Kai Arhelger	
Frau Regina Kopp-Herr	Bezirksbürgermeisterin
Herr Hans-Werner Pläßmann	Fraktionsvorsitzender
Herr Jesco von Kuczkowski	
Frau Hilde Wegener	
Frau Ursula Wittler	

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Karl-Ernst Stille	Fraktionsvorsitzender
------------------------	-----------------------

Die Linke

Frau Brigitte Varchmin	
------------------------	--

UBF

Herr Dr. Harald Brauer		
Herr Jan-Dietrich Dopheide	Fraktionsvorsitzender	anwesend ab 19:10 Uhr

Nicht anwesend:

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Heinrich Büscher	
-----------------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Kopp-Herr begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 59. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Frau Kopp-Herr erklärt, dass die Verwaltung darum bäte, dass eine Beschlusskontrolle auf die Tagesordnung genommen werde. Sie schlage vor, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte: Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand, TOP 6 neu und Grüne Fußspuren: Wunsch der Politik (BVBw vom 28.03.2019, TOP 17.1, BVBw vom 20.05.2020, TOP 8.7 und BVBw vom 20.08.2020, TOP 19.4), TOP 6.1 neu, zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich dann um einen Punkt nach hinten verschieben.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die folgenden Punkte erweitert:

TOP 6 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

**TOP 6.1 Grüne Fußspuren: Wunsch der Politik
(BVBw vom 28.03.2019, TOP 17.1, BVBw vom 20.05.2020, TOP 8.7 und BVBw vom 20.08.2020, TOP 19.4)**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Brackwede

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 58. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede am 20.08.2020

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 58. Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede am 20.08.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Aufhebung des Beschlusses vom 20.08.2020, TOP 15 (Benennung des öffentlichen Platzes zwischen Waldbreede und Lange Breede; Drucks.-Nr.: 11248/2014-2020)

Herr Plaßmann verliest die Stellungnahme der SPD-Fraktion:

Unsere Entscheidung vom 20.8. dieses Jahres dem Gedenkplatz für den in Afghanistan zu Tode gekommenen Soldaten Martin Augustyniak nicht auch offiziell seinen Namen zu geben, hat zu einem großen bundesweiten Echo geführt und uns überrollt.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leichtgemacht. Uns trieb und treibt die Sorge um, dass dieser Platz dann nicht allein dem Gedenken von Martin Augustyniak dient, sondern politisch missbraucht wird.

*Die SPD Brackwede erkennt selbstverständlich die Leistung aller Soldat*innen an. Denn die Soldat*innen setzen sich weltweit für den Frieden und die Menschenrechte ein. Daher schulden wir alle Herrn H.G. Martin Augustyniak unseren Respekt und unsere Anerkennung, sowie das Bedauern und Mitgefühl gegenüber seiner Familie.*

H.G. Martin Augustyniak wurde in einem Ehrengrab auf dem wohnortnahen Friedhof beigesetzt. Der Volksbund Kriegsgräberfürsorge veranstaltet zudem jährlich einen Gedenktag, an dem unter anderem das Reservekommando aus Düsseldorf anwesend ist. Unsere Bezirksbürgermeisterin Regina Kopp-Herr nimmt ebenfalls aus Überzeugung und Solidarität an dieser Gedenkveranstaltung teil; damit Militär und Politik gemeinsam ihrer Wertschätzung zum Ausdruck bringen.

Seitdem bringt Frau Kopp-Herr bei diesem Thema immer die Wertschätzung gegenüber der Mutter zum Ausdruck, da Ihre größte Befürchtung wahrgeworden ist; dass Ihr Sohn in Afghanistan fällt. Aus diesem Grund haben wir uns auch für die zusätzliche Aufstellung einer Gedenkbank in unmittelbarer Nähe zum Elternhaus eingesetzt.

*Uns war nicht bewusst, dass mit der Entscheidung der Bezirksvertretung aus dem Januar 2019 bei vielen Angehörigen von gefallenen und verletzten Soldat*innen darüber hinaus so starke Erwartungen geweckt worden sind und dass wir mit unserer Entscheidung viele Gefühle verletzt haben.*

Dieses tut uns leid. Es hat uns zu einem erneuten Nachdenken veranlasst und wir haben unsere Entscheidung noch einmal überdacht und werden jetzt mehrheitlich dieser weiteren Ehrung, der Benennung des Platzes nach Herrn Augustyniak, zustimmen.

Wir bedauern mit unsrer ersten Entscheidung zu dieser Frage viele Gefühle verletzt zu haben.

Aber im Laufe der letzten Woche haben uns nicht nur ablehnende und feindliche Stellungnahmen erreicht, sondern zunehmend auch positive Stellungnahmen zu unserer Entscheidung.

Es ist deutlich geworden, dass in Deutschland eine Debatte über eine zeitgemäße Gedenkkultur für Menschen, die im Dienst für die Allgemeinheit ihr Leben oder ihre Gesundheit aufs Spiel setzen oder gar verlieren, geführt werden muss und diese Debatte nicht verengt werden darf auf den soldatischen Beruf.

*Was ist mit dem Entwicklungshelfer und Helfer*in im Ausland, oft in gefährlichen Gebieten, die entführt und ermordet werden; mit dem Feuerwehrmann, dem Polizisten, der Polizistin oder dem Pfleger oder der Krankenschwester, die sich im Dienst infizieren?*

Wir brauchen eine Debatte für eine heutige Gedenkkultur. Sie darf nicht nur der niedrigsten politischen Ebenen überlassen bleiben.

Wenn die Ereignisse der vergangenen Woche, die uns stark getroffen

und betroffen gemacht haben, einen Anstoß für diese fehlende aber notwendige Debatte in der Gesellschaft gegeben haben, dann war das Ganze nicht umsonst.

Herr Stille trägt die Stellungnahme der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vor:

Unsere Position zur Frage des Gedenkens an den Bundeswehrsoldaten Martin Augustyniak, zu Tode gekommen in Afghanistan, ist folgende:

Wir halten es für richtig, eines jungen Soldaten zu gedenken, der im Kampfeinsatz ums Leben gekommen ist.

Dafür ist gesorgt durch ein Ehrengrab der Bundeswehr auf dem Friedhof in Bielefeld Quelle. Hier findet einmal im Jahr eine Gedenkveranstaltung statt. Das ist nach unserer Kenntnis die in Deutschland übliche Art der Ehrung für Soldaten, die bei Kampfeinsätzen ums Leben gekommen sind.

Wir haben uns schwergetan, die Anlage eines weiteren Gedenkortes im Januar 2019 zu unterstützen, der im öffentlichen Raum entstehen sollte. Wir haben dies aber getan und der Aufstellung einer Gedenkbank mit Inschrift im Queller Breedenviertel zugestimmt und sind damit einem Wunsch der Hinterbliebenen und eines Veteranenvereins nachgekommen. Weitere Formen des Gedenkens halten wir für unangebracht und auch im Rahmen einer Gleichbehandlung mit anderen zu Tode gekommenen Soldaten für falsch. Wir lehnen also eine Straßenbenennung nach Martin Augustyniak ab, und stimmen dem Antrag auf Aufhebung des bestehenden Beschlusses nicht zu.

Frau Varchmin verliest die Stellungnahme der Einzelvertreterin "Die Linke":

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Verwaltungsleiter, sehr geehrte Damen und Herren der Bezirksvertretung.

Es ist recht ungewöhnlich, dass ein Beschluss einer Bezirksvertretung aufgehoben wird, dann zum gleichen Thema ein neuer, erweiterter Antrag zur Abstimmung ansteht.

Ich habe seinerzeit als einzige den damaligen Beschluss begründet abgelehnt.

Ich nutze die Gelegenheit, meine Gründe für die Ablehnung ein weiteres Mal darzulegen. Das Ehepaar Franzen aus Quelle hat in einem kürzlich erschienenen Leserbrief den Sachverhalt treffend dargestellt.

Ich zitiere: "Leserbrief" Familie Franzen vom 01.09.2020 Neue Westfälische:

Ob und wie man öffentlich der Menschen gedenkt, die bei einem Bundeswehreinsatz ums Leben gekommen sind, ist ein kompliziertes und heikles Thema, das zudem durch eine lange Tradition und Heroisierung "gefallener" Soldaten belastet ist.

Der Tod von Martin Augustyniak ist ein sehr trauriges Ereignis. Wir fühlen mit der Familie und können auch den Wunsch der Familie nach einem besonderen öffentlichen Zeichen der Erinnerung verstehen.

Aber das gilt für alle Menschen, die ihr Leben bei ihrem Einsatz im Dienste des Gemeinwesens verloren haben: der Feuerwehrmann, der bei einem Einsatz ums Leben kommt, die Krankenschwester, die sich bei ihrem Dienst mit Covid 19 infiziert und daran stirbt, etc.

Wir sehen keinen Grund, dass Tote eines Bundeswehreinsatzes anders behandelt werden, als Tote bei einem, am Gemeinwesen orientierten Einsatz.

Deshalb waren wir von Anfang an gegen die von der Familie von Martin Augustyniak gewünschten besonderen öffentlichen Zeichen der Erinnerung.

Das hat nichts mit fehlendem Respekt zu tun (...).

Der Dienst bei der Bundeswehr hat den gleichen Rang, wie der bei der Feuerwehr, dem THW, in einem Pflegeheim, usw.

Die besondere Rolle des militärischen Dienstes hat eine lange Tradition. Die wollen wir nicht fortsetzen.

In dieser Auffassung wissen wir uns mit sehr vielen Menschen innerhalb und außerhalb der SPD einig.

Christel und Godehard Franzen, 33649 Bielefeld.

Ferner habe ich mich mit einem Offizier der Evangelischen Militärseelsorge der Bundeswehr auf einer Tagung des Darmstädter Signals ausgetauscht, der meine Begründungen der Ablehnung teilt. Ich bitte darum, beide Schriftstücke dem Protokoll hinzuzufügen.

Herr Krumhöfner merkt an, dass er keine Stellungnahme vorbereitet habe. Er sei enttäuscht, dass die Bezirksvertretung Brackwede nach der Presse nicht in der Lage sei, ein einheitliches Bild nach außen abzugeben. Zudem sei er verwundert, dass Herr Plaßmann es nicht für möglich gehalten und er es als eine Überraschung empfunden habe, dass es so eine Presse gegeben habe, obwohl die CDU-Fraktion mehrmals auf einen Pressesturm in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede am 20.08.2020 hingewiesen habe. Zu der Ansicht der Einzelvertreterin "Die Linke" möchte er sich nicht weiter äußern, da "Die Linke" bundesweit diese Meinung vertritt und ihrer Linie treu bleibe. Bezüglich der Aussage von Herrn Stille entgegnet er, dass die Rot-Grüne Bundesregierung unter Herrn Schröder und Herrn Fischer den Bundeswehreinsatz auf den Weg gebracht habe, insofern müsse sich die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" auch dafür verantworten. Herr Krumhöfner sei der Hoffnung gewesen, dass der Tagesordnungspunkt ohne große Aussprache erfolgt wäre. Des Weiteren führt er aus, dass aufgrund der Nennung des 20.04.2020 Abstand vom Veteranenkultur e.V. genommen worden sei. Es seien Spenden zurückgezogen worden. Das Zitat habe dem Verein Probleme bereitet, obwohl nirgendwo eine Veranstaltung am 20.04.2020 geplant gewesen sei.

Frau Kopp-Herr erwidert, dass Herr Hellermann am 28.01.2020 eine E-Mail geschrieben habe, die sich auf ein Telefonat zwischen Frau Trügelmann und Herrn Lehmann (Reservistenkameradschaft) bezogen ha-

be, in dem von einer kleinen Einweihungsfeier am 02.04.2020 und einer großen Einweihungsfeier am 20.04.2020 (?) mit dem Ministerium...???? die Rede gewesen sei. Das Datum habe sich niemand aus der Bezirksvertretung Brackwede ausgedacht.

Herr Krumhörn ist der Ansicht, dass geklärt werden müsse, ob die Aussage vom Verband gekommen sei oder ein Übermittlungsfehler vorliege? Ihm lege die E-Mail nicht mehr vor.

Herrn Dopheide wundere die größere Aussprache. Die SPD sei sich nicht einig, was sie möchte. Ihr sei lediglich aufgefallen, dass eine Ablehnung in Wahlkampfzeiten nicht gut komme und sie daher den Beschluss aufheben wolle.

Frau Kopp-Herr merkt an, dass jeder seine Meinung haben dürfe und den Meinungs austausch habe sie als Bezirksbürgermeisterin zu verantworten.

Herr Copertino weist erneut auf den Imageschaden des Veteranenkultur e.V. und die Spendenrückrufe hin. Zudem ziehe der Verein eine Strafanzeige und die Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche gegen die SPD-Fraktion beziehungsweise gegen den/die Verantwortlichen in Betracht, daher solle der Fall aufgeklärt werden. Es handele sich um eine delikate Sache. Die Aussage von Herrn Plaßmann in der Öffentlichkeit, dass die SPD-Fraktion die Enthüllungen der Bild über die Neonazitätigkeiten in der Bundeswehr zum Anlass genommen und sie zu dieser Entscheidung bewegt habe, müsse im Zusammenhang mit dem Veteranenkultur e.V. revidiert werden.

Herr Hellermann weist daraufhin, dass am 28.01.2020, zum Zeitpunkt der E-Mail, nur die Reservistenkameradschaft und nicht der Veteranenkultur e.V. bekannt gewesen sei. Es habe lediglich Kontakt zu Herrn Lehmann bestanden, der ab dem 28.01.2020 per E-Mail darauf hingewiesen worden sei, dass er, sofern er weitere Wünsche und Anregungen habe, diese schriftlich der Bezirksvertretung Brackwede, z. Hd. Frau Bezirksbürgermeisterin Regina Kopp-Herr (über Bezirksamt Brackwede, Germanenstr. 22, 33647 Bielefeld; Bezirksamt.Brackwede@Bielefeld.de) mitteilen solle. Ab dem Zeitpunkt habe Herr Hellermann nur noch Kontakt zu Steinmetz Galling gehabt, der wiederum in Kontakt mit Herrn Lehmann und mit der Familie von Martin Augustyniak gestanden habe, während die städtischen Gärtner die Grünfläche in Pflege hätten. In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Brackwede sei der Adressat falsch gewesen und habe nicht titulierte werden dürfen. Dies müsse mit Bedauern versehen werden. Es könne sich seitens der SPD-Fraktion um eine Verwechslung im Eifer der Aussprache gehandelt haben.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Brackwede hebt den Beschluss vom 20.08.2020, TOP 15 (Benennung des öffentlichen Platzes zwischen Waldbreede und Lange Breede; Drucks.-Nr.: 11248/2014-2020):

“Der öffentliche dreieckige Platz zwischen den Straßen Waldbreede und Lange Breede wird

Martin-Augustyniak-Platz

benannt. Das aufzustellende Benennungsschild ist um ein Legendenschild über das Schicksal von Martin Augustyniak (*1981, †2010) zu ergänzen.“

auf.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 4

Neufassung des Beschlusses zur Benennung des öffentlichen Platzes zwischen den Straßen Waldbreede und Lange Breede (Drucks.-Nr.: 11248/2014-2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11248/2014-2020

Frau Kopp-Herr ruft die Vorlage auf.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden

Beschluss:

Der öffentliche dreieckige Platz zwischen den Straßen Waldbreede und Lange Breede wird

Martin-Augustyniak-Platz

benannt. Das aufzustellende Benennungsschild ist um ein Legendenschild über das Schicksal von Martin Augustyniak (*1981, †2010) zu ergänzen.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 5

Einzäunung der Grundschule Ummeln **Antrag der Grundschule Ummeln vom 21.08.2020**

Frau Kopp-Herr weist auf den Antrag der Schulleitung vom 21.08.2020, den die Schulleiterin der Grundschule Ummeln vorab zur Sondersitzung der Bezirksvertretung Brackwede am 08.09.2020 per E-Mail gestellt hat, hin und erwähnt, dass die Schulleitung eine zuvorkommende Lösung bezüglich der Schließzeiten vorgeschlagen habe, sodass der Spielplatz auch anderen Kindern von 16:30 bis 22:00 Uhr zur Verfügung stehe.

Herr Stille merkt an, dass der Schul- und Sportausschuss die Öffnung des Schulgeländes für Kinder und Jugendliche an sieben Tagen der Woche beschlossen habe und nur abends geschlossen werde, so könne es weiterhin als Aufenthaltsfläche genutzt werden. Auch die Überprüfung nach einem Jahr befürworte er.

Frau Kopp-Herr erwidert, dass ihr der Beschluss nicht bekannt gewesen

sei und sie habe daher darauf hingewiesen, dass der Schule die Öffnung des Schulhofes innerhalb der Woche bis 22:00 Uhr wichtig sei.

Die Bezirksvertretung Brackwede fasst folgenden

Beschluss:

Das Schulgelände der Grundschule Ummeln wird gemäß des Antrages der Schulleitung vom 21.08.2020 vollständig eingezäunt. Dabei soll der Schulhof für die Allgemeinheit als Bewegungsfläche bis 22 Uhr geöffnet sein.

- einstimmig beschlossen -

Frau Kopp-Herr ist erfreut, dass die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (GAB) einen Laden am Treppenplatz eröffnet habe, in dem fünf junge Menschen ihre Ausbildung als Kaufmann/-frau im Einzelhandel absolvieren könnten, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nur wenig beziehungsweise keine Chancen gehabt hätten.

Zu Punkt 6

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 6.1

Grüne Fußspuren: Wunsch der Politik (BVBw vom 28.03.2019, TOP 17.1, BVBw vom 20.05.2020, TOP 8.7 und BVBw vom 20.08.2020, TOP 19.4)

Frau Pohle trägt die Mitteilung des Umweltbetriebes anlässlich des Beschlusses der Bezirksvertretung Brackwede aus der Sitzung vom 20.08.2020, TOP 19.4 zu Grüne Fußspuren: Wunsch der Politik, dass die Mülleimer am Treppenplatz beklebt worden seien, vor und zeigt entsprechende Fotos.

Die interfraktionelle projektbezogene Arbeitsgruppe empfiehlt der Bezirksvertretung Brackwede, dass die Beklebung mit Piktogrammen und Sprüchen auf den Mülleimern vom Umweltbetrieb möglichst kurzfristig umgesetzt werden solle.

Anmerkung der Schriftführerin:

Insofern wird auf die Fotos verwiesen, die als Anlage der Niederschrift beigefügt sind.

Herr Hellermann bedankt sich, dass Herr Copertino die Beklebung begutachtet und Frau Pohle entsprechende Fotos per E-Mail zugeschickt habe.

Die Bezirksvertretung Brackwede nimmt Kenntnis.

Die öffentliche Sitzung wurde um 19:31 Uhr geschlossen.
Frau Kopp-Herr verabschiedete sich von den Gästen und dankte für ihr
Kommen und Interesse an der Sitzung.

Regina Kopp-Herr
Bezirksbürgermeisterin

Michèle Saskia Pohle
Schriftführerin